Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dahlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Bollwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Rönsahl Meinerzhagen, Valbert, Mühlhofe, Kupferberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver in Westfalen. = Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver, Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver;

Nr. 62 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.70, durch die Boten Mark 3.00, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mk. 3.12. | **Halver** Freitag, den 14. März. | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | **1919**

Sehnsucht nach Ehrlichkeit.

Es war ein ganz gutes Wort, das der Abgeordnete Hugenberg neulich in der Aussprache über die beiden Sozialisierungsentwürfe der Regierung in Weimar fand, das Wort, daß das deutsche Volk sich danach sehne, wieder ehrlich zu werden. Es ist ihm zwar noch in der Debatte und dann in den Besprechungen der Parteiblätter umgedeutet worden, aber an und für sich drückt das Wort in der Tat ein allgemeines Sehnen und Verlangen aus, von dem kaum ein Teil des Volkes, er stehe hoch oder niedrig, sich frei fühlen wird. Seien wir wenigstens so ehrlich, das zuzugestehen!

Unter der Unehrlichkeit, die auf dem deutschen Volke lastet, muß man leider die zur Alltagserscheinung gewordene Tatsache verstehen, daß heutzutage niemand mehr nach den Vorschriften leben kann, die der Krieg und die Kriegswirtschaft in Hülle und Fülle über uns gebracht haben. Nicht der Industrielle, der seine Fabriken in Gang erhalten will und soll und dem doch die Möglichkeit, seinen Bedarf an Rohstoffen, an Halbfabrikaten, an Betriebsstoffen auf geradem Wege auch nur ganz notdürftig zu decken, so gut wie völlig abgeschnitten ist; der auch, wenn er seinen Arbeitern Lebensmittel verschaffen will — und häufig muß er es, weil ihm sonst die Leute fortlaufen oder andere Schwierigkeiten bereiten —, zu diesem Zweck mit einer Sorte von Agenten in Verbindung treten muß, denen er sonst gar nicht ängstlich genug aus dem Wege gehen würde. Nicht der Kaufmann, der, wenn er noch irgendwelche Ware im Inland ergattern oder aus dem neutralen Ausland hereinbringen will, seine Hände schmieren muß — und wie schmieren! —, weil sonst alle Mühe vergebens bleibt. Auch nicht der Landwirt, der kaum noch weiß, wie er die unentbehrlichen Arbeitskräfte an sich fesseln, die allernotwendigsten Düngemittel heranschaffen und seinen Ablieferungspflichten genügen soll, und der dabei ständig von Schleichhändlern überlaufen wird und oft genug der Versuchung erliegt, mit ihnen sich schuldig macht an den Wucherpreisen, die unser ganzes Leben verpesten. Und schließlich auch nicht der Arbeiter wie überhaupt der Verbraucher, nicht Müller und Schultze, sei er Beamter oder Rentner, sei er jung oder alt, wohne er in Nord oder Süd. Alle sind wir unehrlich geworden in dem Sinne, daß wir uns über bestimmte Ge- oder Verbote des Staates hinwegsetzen. Erst ist es vereinzelt geschehen, dann ist die ganze Masse des Volkes davon ergriffen worden. Erst unter — innerem oder äußerem — Protest, dann ohne alle Gewissensbedenken. Erst unter Niederkämpfung mehr oder weniger schwerwiegender Verstandesgründe, dann rein gewohnheitsmäßig, aus dem selbstverständlichsten aller Triebe heraus, dem Eigennutz, dem Drang zur Selbsterhaltung. Gegen die Zwangswirtschaft setzte sich der Lebenswille des einzelnen siegreich durch. Ein Konflikt, den die neue, die sozialistische Regierung bis jetzt auch nicht aus der Welt zu schaffen vermochte, trotzdem sie mit ihrem Herzen gewiß mehr auf der Seite des Einzelwesens als auf der des Staates steht.

Aber wenn es noch bei dieser Art von Unehrlichkeit geblieben wäre! Wir alle wissen, daß die Dinge viel schlimmer liegen. Daß der Sinn für Anstand und gute Sitte, für Treu und Glauben im Verkehr bedenklich ins Wanken geraten ist, daß heute sich kaum noch einer auf den andern verlassen kann, der Staat auf seine Beamten, der Arbeitgeber auf seine Angestellten, die Hausfrau auf ihre Bediensteten. Daß kein privates und kein öffentliches Eigentum mehr respektiert wird, daß die Jugend verdirbt und das hilflos gewordene Alter elendiglich zugrunde geht. Wir würden alle diese furchtbaren Erscheinungen weniger ergeben hinnehmen, wenn in uns selbst nicht auch die sittliche Grundlage unseres Tuns und Denkens einen Bruch erlitten hätte, wenn wir uns selbst nicht zum Teil wenigstens mitschuldig fühlten an dem qualvollen Niedergang unseres ganzen gesellschaftlichen Lebens. Wenn wir, jeder von uns, in diesem Sinne wieder ehrlich werden, wenn wir einander und dem Staate wieder frei und offen ins Gesicht sehen könnten — wie ein Stein fiele es von unseren Herzen, und wir würden dann auch den noch schlimmeren Erkrankungen unseres Volkstums mit reineren Händen zuleibe gehen können. Sollen wir wirklich auf die Hoffnung verzichten, daß dieser bitter notwendigen Läuterungsprozeß uns von der Pestseuche der Unehrlichkeit befreien wird? Dann wäre das Leben kaum noch der Mühe wert. Das Wort der Erkenntnis sollte man freudig begrüßen als ein Eingeständnis der Schuld — der Gesamtschuld des Volkes — und damit als einen Anfang zur Besserung. Oder sind wir uns nicht etwa alle in der Erkenntnis einig, daß wir uns bessern müssen, wenn das deutsche Volk nicht zugrunde gehen soll? Und daß nur, wer von dieser Erkenntnis zu Taten schreiten will, ein Retter des Vaterlandes werden kann?

Deutsche Nationalversammlung.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Abg. **Mumm** (Deutschnational):

Es ist das Empfinden weitester Volkskreise, daß wir an der Schwell eines neuen Kulturkampfes stehen. Unser armes Vaterland braucht im Innern Ruhe und Frieden, aber die Herren Ebert und Scheidemann haben ihm diesen Frieden nicht gegönnt. Es war einer ihrer ersten Taten, den Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Adolf Hoffmann, an die Spitze des preußischen Kultusministeriums zu stellen. Redner erklärt dann die vom sächsischen Volksbeauftragten Hug ergangenen Verordnungen über das Verhältnis von Kirche und Staat. Hug hat auch die Simultanschule durchgeführt, ohne irgendwie für den konfessionellen Religionsunterricht zu sorgen. Ebenso ist in Hamburg die Brandfackel religiösen Zwistes hineingeschleudert worden. In Braunschweig hat man sich nicht einmal damit aufgehalten, Verordnungen zu erlassen. Die Schulkinder wurden hier von dem sogenannten Volkskommissar zu einer antichristlichen Weihnachtsfeier im Dom zusammengebracht, bei der es gerade unglaublich zuging. In Mecklenburg planen die Gewalthaber die konfessionslose Einheitsschule. **Wir rufen der Regierung zu: Keinen Schritt weiter auf dem Wege gesetzlicher Verordnung. Wir fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht. Wie positiv zu verfahren ist, zeigt Württemberg. Die Deutschnationale Volkspartei kämpft für die Erhaltung der christlichen Grundlage im Staat, Familie und Schule. Die Seelen der Jugend zum lebendigen Glauben zu gewinnen, ist des christlichen Lehrers herrliche Aufgabe.**

Kolonialminister Dr. Bell:

Der Minister des Innern, der in dringenden Reichsangelegenheiten nach Berlin berufen worden ist, hat leider der Verkehrsschwierigkeiten wegen nicht hier erscheinen können. Ich habe im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung hier abzugeben: **Das Reich besitzt gegenwärtig keine Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen etwaige gliedstaatliche Eingriffe in die Regelung des Religionsunterrichts Stellung nehmen. Inwieweit in die Reichsverfassung Normativbestimmungen über das Unterrichtswesen aufzunehmen sind, wird bei der Beratung der Reichsverfassung zu prüfen sein.**

Abg. **Hellmann** (Soz.):

Bei der Behandlung der Angelegenheit von Kirche und Staat hat sich die ganze Überhebung und Herrschsucht der kirchlichen Kreise gezeigt. Die Kirche ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Kirche selbst ist Schuld daran, wenn so große Teile des Volkes ihr feindlich gesinnt sind. (Lärm und Widerspruch rechts und im Zentrum.) Wir geben aber ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Eingriffe in den Religionsunterricht taktisch unklug und vielfach auch taktlos waren. Sie waren undemokratisch, weil sie der deutschen und den einzelstaatlichen Nationalversammlungen vorgriffen. Diese einzelstaatlichen Eingriffe entsprechen letzten Endes der schweren Gewissensnot weiter Kreise. Wir verlangen im Interesse der vollen Gewissensfreiheit die Beseitigung des Religionsunterrichts als besonderen Unterrichtsgegenstand. Die religionslose Schule soll nicht religionsfeindlich sein, nur kirchenfrei. Unser Ideal ist die duldende Menschlichkeit von Lessings Nathan. Es ist unmöglich, die religiöse Unterweisung mit einem Schlage zu beseitigen und deshalb haben die revolutionären Regierungen falsch gehandelt. Eine Übergangszeit ist notwendig.

Abg. Dr. **Mausbach** (Zentr.):

Wir haben ein tiefernstes Bild von den Mißgriffen einzelner Gliedstaaten erhalten. Wir wollen, daß der Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirche einen Teil des Lehrplanes der Volksschule sei. Das Reich ist allerdings nicht zuständig, aber eine freundnachbarliche Entwicklung wäre möglich. Wir müssen Gewicht darauf legen, daß die Sicherstellung des Staatsbürgerrechts des Einzelnen und Gewissens- und religiöse Freiheit in der Reichsverfassung festgelegt werden. Das Beispiel anderer demokratisch regierter Staaten zeigt, daß bei religiöser Freiheit der Friede der Konfessionen und die bürgerliche Wohlfahrt am besten gedeihen. Eine Kirchen- und Schulpolitik ala Hoffmann würde Deutschland dem vollen Untergang entgegenführen. Gesichtspunkte des inneren und äußeren Friedens mahnen uns in der Kirche- und Schulfrage zu großer Vorsicht.

Nachmittagssitzung.

Abg. **Weiß** (Demokrat):

Die Regierung hat recht wenn sie sich für unzuständig erklärt. Wir wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in möglichst religionsfreundlichem Sinne gelöst haben. Die Stellung und Bedeutung des Religionsunterrichts in der Schule hängt ganz ab von der Auffassung über die Staatsschule. Wegen der Mängel des Religionsunterrichts, die ich nicht bestreite, soll man ihn aber nicht aus der Schule herausnehmen, sondern daran arbeiten, um eine durchgreifende innere Reform im Religionsunterricht herbeizuführen. Ein so reformierter Religionsunterricht ist ein wesentliches und organisches Stück des Lehrplanes der Schule. Ohne Religionskenntnis dürfen wir unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gedanke der Einheitsschule würde sehr darunter leiden, wenn die religionslose Schule viele Eltern nötigt, ihre Kinder in religiöse Privatschulen zu schicken. Möge ein männliches frei gesinntes, aber fromm empfindendes Geschlecht erzogen werden, welches das Erforschbare erforscht, und das Unerforschbare ruhen läßt. (Beifall bei den Demokraten, rechts und im Zentrum. Der Redner wird von vielen Abgeordneten, darunter auch vom Abg. Mumm, beglückwünscht.)

Abg. Dr. **Koeltzsch** (Deutsch-natl.):

Die Erklärung der Regierung kann für uns in keiner Weise genügen. Wir fordern die christliche Volksschule und den christlichen Unterricht in der Volksschule.

Ag. Dr. **Runkel** (Dt. Volksp.):

Die Religion darf nie und nimmer zu einer Parteisache herabsinken. Die Religion ist das höchste und heiligste Volksgut, das es gibt. Der Religionsunterricht soll an erster Stelle in der Volksschule stehen. Wir wollen Gewissensfreiheit für den Lehrer und das Kind und dann fordern wir Freiheit der Schule von der geistlichen Aufsicht. Ein Grauen des Entsetzens faßt uns alle von der heutigen Verrohung, aber wir heben die Sittlichkeit nicht durch Parlamentsbeschlüsse, sondern durch eine religiöse Erziehung.

Ministerpräsident Scheidemann:

Wir waren für heute vormittag auf die Fortsetzung der Sozialisierungsdebatte eingerichtet und daher kommt es, daß Reichsminister Preuß nicht zur Stelle war. Wir haben nicht im geringsten die Absicht, etwa Obstruktion zu machen. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß diese Frage zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören soll, dann finden Sie meine volle Zustimmung.

Abg. **Frau Zietz** (U. S.):

Die Revolution hat kraft eigenen Rechts in einzelnen Bundesstaaten die Verweltlichung der Schule durchgesetzt. Wir verlangen die Einheitsschule, die eine weltliche und Arbeitsschule sein soll. Wir stellen der Religion die große, herrliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. Wir denken nicht daran, damit irgendeinen Gewissenszwang auszuüben, oder die Gewissensfreiheit antasten zu wollen. Wollen Eltern ihren Kindern Religionsunterricht erteilen lassen, so kann das außerhalb der Schule geschehen. — Nächste Sitzung Mittwoch. — Tagesordnung: Sozialisierungsgesetz, Kohlenwirtschaft etc.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Weiterverleihung von Kriegsauszeichnungen.** Kriegsverdienste werden wie bisher durch Verleihen Eiserner Kreuze belohnt, für das bisherige Feldheer, die aus den besetzten Gebieten zurückgezogenen Truppen sowie für das Heimatheer a) durch die kommandierenden Generale hinsichtlich der zum Korpsbezirk gehörigen Truppen und aller dorthin entlassenen oder zurückgekehrten Heeresangehörigen einschließlich der früheren Kriegsgefangenen und Internierten und der in den Lazaretten befindlichen Verwundeten, b) durch den preußischen Kriegsminister für die nicht unter a) fallenden Kommandobehörden, an die Beamten des Heimatheeres sowie für das nur in Ausnahmefällen zu beantragende Eiserne Kreuz 1. Klasse für Heimatdienst; für den Grenzschutz Ost: a) durch den Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach eigenem Ermessen, b) durch die Oberbefehlshaber der Armeegruppen Nord und Süden an die unterstellten Truppen.

✚ **Die Wahlen in Sachsen-Weimar** hatten folgendes Ergebnis: Deutschdemokratische Partei 34 335, Deutschnationale Volkspartei 29 287, Sozialdemokratische Partei 61 733, Deutsche Volkspartei 6268, die Unabhängigen 14 963, das Zentrum 4411 Stimmen. In Meiningen wurden in den Landtag gewählt: 13 Mehrheitssozialisten, 2 Unabhängige, 3 Demokraten, 3 Deutschnationale und 3 Bauernbündler.

✚ **Für die Erhaltung** des [illegible]unterrichtes. Die Unterschriftensammlung für Erhaltung der christlichen Grundlagen des Schulwesens gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Im Bereich der preußischen Landeskirche wurden bisher über 2 Millionen Stimmen gesammelt, in anderen Landeskirchen, soweit dort ähnliche Kundgebungen eingeleitet sind, annähernd 2 Millionen.

✚ **Die Wahlen in Waldeck-Pyrmont** zum dortigen Landtag haben folgendes Ergebnis gehabt: im Wahlkreis Waldeck 5 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationale, 3 Demokraten, 3 waldeckische Volksbündler, 1 Volksparteiler, im Wahlkreis Pyrmont 2 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler und 1 Demokrat.

✚ **Aus Ludendorffs Geschichte des Krieges** will ein amerikanischer Journalist bereits näheres erfahren haben. Danach soll Ludendorff darin behaupten, daß die Oberste Heeresleitung nichts von Friedensabsichten Wilsons im Jahre 1917 gewußt habe. Sachlich dürfte das richtig sein, obwohl wir bezweifeln, daß der amerikanische Journalist bereits den Inhalt der Schrift kennt. Im übrigen wird, soviel wir wissen, das angekündigte Werk Ludendorffs voraussichtlich erst nach Friedensschluß veröffentlicht werden.

✚ **Die Affäre des verhafteten deutschen Vizekonsuls** in Prag ist, wie halbamtlich versichert wird, wesentlich von den Tschechen aufgebauscht worden. Das vorhandene Material ist sehr unbedeutend, wird aber einer strengen Prüfung unterzogen. Sollte sich eine Schuld des Dr. Schwarz herausstellen, so wird er streng bestraft werden. Die deutsche Regierung hat jedenfalls nichts mit einer antitschechischen Propaganda zu tun, da sie Wert darauf legt, die guten Beziehungen mit der tschechoslowakischen Republik aufrecht zu erhalten. Die Nachricht, daß auch der Vizekonsul v. Gebsattel ausgewiesen sei, ist unrichtig.

✚ **Der Auftakt zu den Friedensverhandlungen.** Im Berliner Auswärtigen Amt fand unter dem Vorsitz des Grafen Rantzau eine Vollsitzung der Vertreter der verschiedenen, an den Friedensverhandlungen beteiligten Reichsbehörden sowie der zahlreichen, von den einzelnen Interessenverbänden vorgeschlagenen Sachverständigen statt. Insgesamt waren etwa neunzig Personen anwesend. Der Reichsminister wies in einer einleitenden Ansprache darauf hin, daß, den vorliegenden Pressenachrichten zufolge, um den 20. d. Mts. endlich mit dem Beginn der Verhandlungen für den Abschluß des Vorfriedens gerechnet werden dürfe.

✚ **Vertagung der Nationalversammlung bis 25. März.** Der Ältestenrat beschäftigte sich am Mittwoch mit der Geschäftslage und beschloß, Donnerstag nach Erledigung des Sozialisierungsgesetzes eine Vertagung der Vollversammlung bis 25. März eintreten zu lassen. In der Zwischenzeit soll der Verfassungsausschuß seine Arbeiten nach Möglichkeit fördern, auch der Haushaltsausschuß nach Bedarf einberufen werden. Der Präsident erhält die Ermächtigung, die Vollversammlung bei Notwendigkeit auch eher einzuberufen. Am 25. März sollen dem Hause der Notetat und außerdem die neuen Steuervorlagen zugehen. Das Sozialisierungsgesetz wurde Mittwoch in zweiter Lesung angenommen.

✚ **Deutsche Gefangene als belgische Sklaven.** In einer Note an die Entente weist die Regierung auf die unerhört schmachvolle Behandlung der deutschen Gefangenen in Belgien hin. Sie sind fast ohne Bekleidung, müssen schwer arbeiten, werden in den elendesten Löchern untergebracht und werden mit Peitschen geprügelt. Bezeichnend für die Gesinnung der belgischen Wachtmannschaften ist ihre offen ausgesprochene Erklärung, höchstens die Hälfte der Kriegsgefangenen dürfe die Heimat wiedersehen.

Niederlage beendet. Er kann die Bruderhand nicht den russischen Bolschewisten reichen, um ihnen den glorreichen Einzug in die neugegründete deutsche Räterepublik zu ermöglichen.

Der große Putsch mißlang — ist aber Berlin nun dauernd gegen Spartakus gesichert? Es wäre verfrüht, diese Frage mit einem glatten „Ja" zu beantworten. Sind doch erst jetzt wieder, nach der großen Säuberungsarbeit im Innern der Stadt, in der Französischen Straße in der Kassenverwaltung der Volksmarinedivision unseligen Angedenkens 250 Angehörige dieser jetzt aufgelösten Truppe, sowie der meuterischen Republikanischen Soldatenwehr verhaftet worden. Viele von ihnen setzten sich zur Wehr und wurden standrechtlich erschossen. Der Rest wurde verhaftet. In den Geschäftsräumen wurden große Mengen Munition gefunden. Es wäre also durchaus verkehrt, wollte Berlin sich in Sicherheit wiegen. Wer die Ordnung liebt, muß wachsam bleiben, damit schlimmstenfalls ein neuer Spartakusanschlag auf die politische und wirtschaftliche Ordnung auch ohne Regierungstruppen abgeschlagen werden, oder noch besser, im Keime erstickt werden kann.

*

Die Spartakisten auf dem Rückzug.

Die aus Neukölln entkommenen Spartakisten, deren Zahl nur gering ist, haben sich auf die einsam gelegenen Dörfer im Süden der Stadt zurückgezogen. Sie sind sämtlich unbewaffnet und werden zweifellos eines Tages als harmlose Bürger unter uns auftauchen. Auch aus Lichtenberg sind vor der völligen Einkreisung noch einzelne Trupps von Spartakisten entkommen, die sich z. T. in Rummelsburg, z. T. in anderen Vororten festgesetzt haben. Nennenswerten Widerstand vermögen indes die versprengten Abteilungen nicht mehr zu leisten, zumal sie kaum über Geschütze und ausreichende Munitionsmengen verfügen dürften.

Bisher 1200 Spartakisten verhaftet.

Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, sind bis jetzt gegen 1200 Spartakisten verhaftet und in die Gefängnisse eingeliefert worden. Die meisten der Verhafteten sind wieder jugendliche und unreife Burschen, die sich jetzt als „harmlose Passanten" hinstellen und unabsichtlich in die ganze Geschichte hineingeraten sein wollen.

Die „Weltrevolution" aufgehoben.

In der Nacht wurde von der fliegenden Kraftwagen-Jagdstaffel der Garde-Kavallerie-Schützen-Division eine Unternehmung gegen die Redaktion der Weltrevolution durchgeführt. Auf mehreren Lastkraftwagen fuhren einige Stoßtrupps zur Neuen Friedrichstraße, sperrten die Straßenzugänge und drangen, nachdem mittels Handgranaten die massive Haustür gesprengt war, in die Redaktionsräume ein. Hier wurden viele Exemplare der Weltrevolution, Schriftstücke, Setzplatten usw. beschlagnahmt.

Auf die absperrenden Mannschaften wurde von den Dächern der umliegenden Häuser heftig geschossen. Das Feuer wurde von den Regierungstruppen erwidert. — Darauf machte die Jagdstaffel eine Streife in die Lothringer Straße und Umgegend, wo ebenfalls von den Dächern und Fenstern geschossen wurde. In den Fenstern der oberen Stockwerke wurden Sandsäcke beobachtet. In der Lothringerstraße 16, wo sich eine Ausgabestelle der „Weltrevolution" befindet, wiederholte sich derselbe Vorgang wie in der Neuen Friedrichstraße.

Auflösung der Republikanischen Soldatenwehr.

Amtlich wird gemeldet: Die Depots 1a, 2a, 4, 5, 8, 10 und 14 der Republikanischen Soldatenwehr sind aufgelöst. Jeder frühere Angehörige dieser Depots, der mit Waffen in der Hand betroffen wird, wird erschossen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 14. März.

1848 Beginn des Aufstandes in Wien; Sturz Metternichs. — 1851 Philolog Karl Lachmann gest. — 1884 Ermordung Kaiser Alexanders II. von Rußland. — 1904 Herero-Aufstand.

□ **Bleibt uns noch eine Hoffnung?** Wenn wir an der Bahre eines lieben Toten stehen, der für unser Leben Bedeutung hatte, quält uns unablässig die schmerzliche Frage: Bleibt denn nun noch eine Hoffnung? Und im wahren Verluste, in der Trauer des Augenblicks sind wir nur allzuleicht geneigt, diese Frage mit einem verzweifelten Nein zu beantworten. Die Lücke, die der Tod des Lieben gerissen hat, scheint unausfüllbar, der Verlust unersetzlich, der Schmerz unheilbar und die Zukunft liegt hoffnungsleer und trostlos vor uns. Aber siehe! Auf leisen Schwingen kommt die Zeit und, wenn wir uns auch anfangs gegen ihren lindernden Einfluß wehren, sie bleibt endlich doch Siegerin, sie träufelt Balsam in unsere Wunde, sie verklärt gleichsam unsern Schmerz und indem sie das Bild des teuren Verlorenen mit einem Nimbus umgibt, entrückt sie es uns zugleich immer mehr. Und dazu kommen die Arbeit, der Alltag, die Forderung des Lebens, die Pflicht. Sie alle im Verein entfachen wieder unsern Tätigkeitstrieb und damit — unergründliches Rätsel der Menschenseele — unsere Hoffnung. — Auch das deutsche Volk steht in diesen Tagen an einer Bahre, es betrauert einen lieben Toten: Die glorreiche Vergangenheit, den Wohlstand verklungener Zeiten. Und Millionen schreien oder seufzen, je nach Temperament: Gibt es denn noch eine Hoffnung? Wenn wir an unser persönliches Erleben denken, so müssen wir diese Frage entschlossen mit „Ja" beantworten. Noch immer haben ja die Lebenden recht behalten. Und so wollen auch wir, die Volksgesamtheit, wie jeder einzelne, unbeschadet unserer Trauer um das Verlorene, hinaustreten in den neuen Tag, in die arbeitsschwere Zukunft; denn wir wissen, daß an der Todesfackel des Glücks sich doch eine Flamme neuer Hoffnung entzündet. Kein Mensch ist so arm, kein Volk so zukunftslos, daß es keine Hoffnung mehr hätte. Unsere Hoffnung aber sind letzten Endes die sittlichen Kräfte, die zwar erlahmt, aber nicht gestorben sind im deutschen Volke.

—* **Der letzte Tag der Provinzialsynode** hatte die schwerwiegenden Fragen des Religionsunterrichts in der Schule zu erledigen. Es wurden folgende Entschließungen angenommen, die zumal für evgl. Eltern- und Lehrerkreise von außerordentlicher Bedeutung sind. 1. Von allen Schulen, den konfessionellen, den paritätisch-simultanen mit getrenntem konfessionellen Religionsunterricht, den interkonfessionellen mit einem gemeinschaftlichem allgemeinen Religionsunterricht in Religionskunde und den völlig religionslosen Schulen mit einem der religiösen Begründung entkleideten absoluten Moralunterricht sind die konfessionellen die Musterschulen. 2. Von dem neuem Staate muß gefordert werden, daß er mit der Gewissensfreiheit ganzen Ernst Macht und darum nicht nur die persönliche und die corporativ-kirchliche, sondern auch die erzieherische Gewissensfreiheit gewährleistet. Letztere besteht nur dann, wenn über den religiösen Charakter der Schule weder der Staat noch die politische Gemeinde vormundschaftlich bestimmt, sondern wenn diese Bestimmung den Eltern für ihre unmündigen Kinder überlassen bleibt. 3. Sollen die Eltern das Bestimmungsrecht über die religiöse Erziehung der Kinder ausüben, dann müssen sich diejenigen die in Erziehungssachen gewissensmäßig sind, also vor allen in ihrer religiösen Überzeugung übereinstimmen, zu besonderen Erziehungsgemeinschaften, sogenannte Schulgemeinden zusammenschließen können, zwecks Einrichtung einer Schule nach ihrem Herzen. 4. Träger der Schullasten kann und muß trotzdem wegen der breiteren tragkräftigeren Schultern die bürgerliche Gemeinde bleiben oder der Staat werden, sodaß an dem öffentlichen Charakter der Schulen nichts geändert zu werden braucht. 5. Die Zersplitterung des Schulwesens, die der erziehlichen Gewissensfreiheit der Eltern zuliebe ohne Zweifel eintreten würde, hat ihre durch die öffentlichen Geldmittel sowohl als auch durch die Anforderungen, die an die unterrichtlichen Leistungen der Schule gestellt werden müssen, bestimmten Grenzen. Zwergschulen sind zu vermeiden. Ist eine in ihren Erziehungsgrundsätzen einige Elterngemeinde zu klein, so kann für sie keine besondere Schule eingerichtet werden. Ihre Kinder haben dann eine der anderen Schulen zu besuchen mit der Maßgabe, daß die religiöse Unterweisung für sie eine besondere ist. 6. Für den Fall daß der neue Staat die erziehliche Gewissensfreiheit anerkannt und es deshalb auch in Zukunft noch konfessionellen Religionsunterricht in seinen Schulen gibt, sei es in Konfessions- oder in Simultanschulen, so hat der Staat in vollem Einvernehmen mit der Kirche und unter ihrer tätkräftigen Mitwirkung für die Ausbildung der Religionslehrer zu sorgen und auch festzustellen, was religiöser Lehrstoff der Schule sein soll. Er hat die Aufsicht des Religionsunterrichts durch von der Kirche bestellte Fachleute zu gestatten. Keine Lehrperson darf mehr gehalten sein, gegen ihre Ueberzeugung noch Religionsunterricht zu erteilen. 7. Wenn aber von Staatswegen nur ein allgemeiner Religions- oder gar nur Moralunterricht in den Schulen erteilt wird, so muß den Eltern, die für ihre Kinder konfessionellen Religionsunterricht wünschen, das Recht gewährleistet werden, daß diesen Kindern unter Befreiung von dem allgemeinen Religions- oder Moralunterricht eine besondere konfessionelle religiöse Unterweisung durch Beauftragte der Kirche im Rahmen des Schulstundenplans und in den Schulgebäuden zuteil wird. (Das Nebeneinander von Unterricht in Staatsreligion und kirchlicher Religion muß aus pädagogischen Gründen unbedingt vermieden werden.) 8. Sofern der Staat überhaupt nicht mehr oder soweit er nicht für konfessionelle Jugendunterweisung in den Schulen sorgt, ist es Sache der kirchlichen Synoden, Religionslehrer auszubilden und ihnen besondere Lehraufträge zu erteilen. Ebenso muß die Kirche durch eigens dazu von den Synoden bestimmte Fachleute, die ebensowohl Schulmänner wie Geistliche sein können, den dann allein in ihrem Auftrage erteilten Religionsunterricht beaufsichtigen. Das gilt sowohl für die Volksschulen als auch für die mittleren und höheren Schulen. 9. Lehnt der Staat es ab, daß in seinen Schulen konfessioneller Religionsunterricht erteilt werden kann, so ist die Gründung von Privatschulen zu gestatten, damit wenigstens auf diesem Wege Gewissensfreiheit gewährleistet wird. Freitag vormittag nach 11 Uhr schloß der Vorsitzende die 4tägige hochbedeutsame Tagung mit Dank und Segenswunsch. Die Ergebnisse der 28. Prov. Synode, die bei den meisten Entschließungen völlig einmütig war, werden von allen evgl. Einwohnern Westfalens mit großer Spannung erwartet und mit Befriedigung begrüßt werden.

\+ **Halver, 14. März.** Am gestrigen Abend hatten sich die Lebensmittelhändler und Kleingewerbetreibende im Gasthaus zur Post hierselbst eingefunden um auch ihrerseits sich zu einer Organisation zusammenzuschließen. Ein in dieser Bewegung stehender Herr Jansen legte in längerer Ausführung die großen Vorteile einer Organisation dar, besonders in der jetzigen Zeit, wo die Genossenschaften eifrig bemüht wären ihrerseits eine großzügige Belieferung der Lebensmittel für ihre Genossen zu erstreben suchten. Da müßte jeder Eigennutz der übrigen Lebensmittelhändler verschwinden und alle müßten sich geschlossen zu einem großen Verbande vereinigen, denn der Einzelne könnte bei den neuen Gesetzen und Verordnungen wenig erreichen. In der angeregten und lebhaften Diskussion trugen die Anwesenden ihre Ansichten vor. Sodann wurden zwei Kommissionen bestehend aus je 6 Mitgliedern gewählt, die die weiteren Schritte betr. Lieferung von Lebensmitteln an Handlungen in die Wege leiten sollen.

Wipperfürth, 13 März, [Industrieller Aufschwung] Ein großer Auswärtiger Industrie-Konzern plant hier einen Zweig seiner industriellen Anlagen zu errichten, worin 1000 männliche Arbeiter beschäftigt werden sollen. Als Baugelände ist dem Unternehmen die der katholischen Kirchengemeinde gehörige Meyer Weide angeboten — Es wäre wünschenswert wenn man in Halver gleiches Verständnis zeigte.

Das Schicksal der Länder am Rhein.

Bildung einer rheinischen Republik?

In einer in Köln abgehaltenen Versammlung von Freunden der Errichtung eines im Rahmen des Reiches zu bildenden Freistaates der Länder am Rhein wurde in einer Entschließung die sofortige Errichtung einer westdeutschen Republik unter Zulassung einer Volksabstimmung in den beteiligten Gebieten gefordert. In der Entschließung wird gesagt: „Wir wehren uns für alle Zeit gegen jede Abtrennung deutschen Gebietes im Westen. Rheinland, Nassau und Rheinhessen müssen ein einheitliches Staatsgebilde darstellen. Der Anschluß der Rheinprovinz, von Westfalen und Oldenburg ist dringend erwünscht."

Ein Pufferstaat nach Wunsch der Entente.

Ein, wie er selbst behauptet, gutunterrichteter Amerikaner schildert in der „Kölnischen Zeitung" das Schicksal der Länder am Rhein folgendermaßen: „Man wird Frankreich gestatten, das verhältnismäßig kleine, aber wegen der reichen Kohlenschätze wichtige Gebiet des Saartales einzuverleiben. Schließlich wird zwischen Belgien und Frankreich westlich des Rheines eine rheinische Republik errichtet werden, die zwischen Deutschland und den Ländern, die es 1914 mit Krieg überzog, als Pufferstaat dienen soll. Weder Frankreich noch Belgien wird irgendeinen Teil dieses Gebiets annektieren; denn es wird anerkannt, daß es deutsch ist. Es soll hier kein neues gefährliches Elsaß-Lothringen geschaffen werden. Es wird auch anerkannt, daß es unmöglich und auch unbillig wäre, der Bevölkerung der rheinischen Republik das Recht der Selbstbestimmung zu nehmen. Die rheinische Republik soll nur solange bestehen bleiben, bis Deutschland seinen finanziellen Verpflichtungen gegen Frankreich und Belgien nachgekommen sei. Ist das geschehen, so werden die Besatzungsheere vom Rhein zurückgezogen, und dann wird es der Bevölkerung der rheinischen Republik überlassen werden, nach ihrem freien Willen zu entscheiden, ob sie zu Deutschland zurückkehren oder als ein unabhängiger Staat weiter bestehen will."

Was Deutschland abtreten soll!

Etwas anders wie der Amerikaner schildert die feindliche Presse, namentlich die französische, die Pläne, die man mit Deutschland vorhat. Sie scheinen zudem — leider — keineswegs aus der Luft gegriffen zu sein,



worauf auch die Verhandlungen mit Holland hindeuten, das selbst an der Scheldemündung Konzessionen an Belgien machen und dafür von Deutschland durch die Länder an der Mündung der Ems entschädigt werden soll. Auch ein gut Stück der Eifel sollen wir los werden. Die Einzelheiten zeigt unsere Karte.

Friedensschluß und Lebensmittel.

Wie Reuter aus Paris meldet, erklärte Lansing in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, daß so rasch wie möglich Frieden geschlossen und Schiffe mit Lebensmitteln nach Deutschland geschickt werden müssen, um die Welt vor Anarchie zu bewahren. Präsident Wilson ist an Bord seines Schiffes erkrankt, setzt aber die Reise fort. Sogleich nach seiner Ankunft in Paris findet aber eine Sitzung der Friedenskonferenz statt.

Leben und Wissen.

= **Verbesserung der drahtlosen Telegraphie.** Nach einer in amerikanischen Blättern veröffentlichten Mitteilung der Marconi-Gesellschaft ist es dem Chefingenieur Weagant dieser Gesellschaft gelungen, eine Erfindung praktisch auszubauen, die bei der drahtlosen Telegraphie fortan die hohen Mastentürme entbehrlich macht. Obgleich nähere Einzelheiten über das neue System noch nicht veröffentlicht werden, hat die Regierung der Vereinigten Staaten, der die Erfindung kürzlich zur Verfügung gestellt wurde, bereits ihre vielseitige praktische Brauchbarkeit prüfen können und beabsichtigt, das Patent auch den verbündeten Mächten zur Verfügung zu stellen.

Telegramme und Drahtnachrichten.

Die Ankunft der deutschen Unterhändler in Brüssel.

TU **Berlin, 13. März** Die drei Unterkommissionen für Lebensmittel- Schiffart- und Finanzabkommen sind am 12. März, abends 8 Uhr, in Brüssel eingetroffen. Die Mitglieder der Kommissionen wurden am Bahnhof von 10 belgischen Militärautos abgeholt, mit militärischen Chauffeuren, aber ohne militärische Begleitung. Die Ankunft auf dem Bahnhof erfolgte in Gegenwart eines zahlreichen Publikums und unter lautloser Stille. Ein Zwischenfall ist nicht eingetreten. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen sind im Hotel „Astoria" sehr gut untergebracht. Freiheit des Telegraphierens offen und chiffriert, des Telephonierens und der persönlichen Bewegung ist gesichert. In der Nacht, von 11 bis 1 Uhr fand noch eine eingehende Besprechung zwischen sämtlichen Kommissionsmitgliedern statt, unter dem Vorsitz von Unterstaatssekretär v Braun.

Zur Lebensmittelversorgung.

Nach den Bestimmungen des Reichsernährungsamtes sollen die zugeteilten Lebensmittel auch durch den Regulärenlebensmittelhandel nach wie vor zur Verteilung gelangen. Vereinigte Lebensmittelhändler sind nach den behördlichen Bestimmungen anderen Verteilungsstellen im Bezuge der Waren gleich zu halten. Die Lebensmittelhändler der Gemeinden **Halver und Schalkmühle** werden ihre Kundschaft in der Übergangszeit mit den zugeteilten Waren bestmöglichst bedienen und bestrebt bleiben, daß recht bald größerer Freiheit der Gesamtversorgung mit Lebensmitteln werde.

Verein zum Schutz für Handel und Gewerbe.



Freiwillige Feuerwehr Halver.

Freitag, den 14. März, abends 8½ Uhr

Vorstands- und Kommandositzung

im Vereinslokale.

Freiw. Feuerwehr

Neuenhaus

Generalversammlung

am Sonntag, den 16. März bei E. Pfennig, Neuenhaus.

Tagesordnung wird in derselben bekannt gegeben.

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand

T.-V. Halver

e. V.

Freitag, den 14. März, abends 8 Uhr im Posthaus

Sitzung der Vorturnerschaft

Das Erscheinen sämtlicher Vorturner ist unbedingt erforderlich.

Der Turnrat.

Vollmer Turnverein

Oberbrügge.

Die Turnstunden

finden regelmäßig jede Woche **Freitag** statt. Erste Turnstunde **Freitag, den 14. März, abends 8 Uhr.**

Recht zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Der Turnwart.



Verein für Geflügel- und Singvögelzucht Halver

Generalversammlung

in Halver Schmalspurbahnhof **am Sonntag den 16. März er,** nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht.
2. Wahlen.
3. Kreis-Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Einige

Lehrlinge

für die Packstube sowie für **Lager** gesucht.

Dresbach & Co.,

Halver.

Einige fleißige, junge

Leute

für unser Kaltwalzwerk auf sofort gesucht.

Walz- u. Drahtwerk Halver Hulvershorn und Kreienberg.

Einige

Arbeiterinnen

finden sofort dauernde Beschäftigung.

J. Steinhauer,

Deckinghausen.

---

30 Erdarbeiter

für Gleisarbeiten gesucht. Zu melden beim **Schachtm. Frühauf, Schalksmühle-Bahnhof.**

B. Wassenberg, Priorei.

Markttaschen

kauft man preiswert bei

Wilh. Bell jr., Halver.

Opferbund Amt Halver.

Die erste Verteilung der Spenden an die bedürftigen Familien ist inzwischen durchgeführt worden. Es hat sich dabei ergeben, daß mit den vorhandenen Spenden nur die allergrößte Not gelindert werden konnte. Mancher berechtigte Wunsch auf Zuweisung von Kleidung und Wäsche mußte deshalb unerfüllt bleiben. —

Der Vorstand hat in seiner letzten Sitzung an Hand des Mitglieder-Verzeichnisses festgestellt, daß noch manche Familie des Bezirks weder Mitglied des Opferbundes geworden ist noch sich irgend wie an diesem Werke der Nächstenliebe beteiligt hat, obwohl — wie angenommen werden muß ihr Besitzstand ihr dies ermöglicht haben dürfte. —

Der Vorstand sieht sich deshalb veranlaßt, an diese opferfähigen Kreise nochmals heranzutreten mit der Bitte, dem Opferbunde beizutreten und durch ihre Spenden zur Milderung der herrschenden Not beizutragen. — Neben Kleidern, Wäsche usw. werden auch Geldspenden mit Dank angenommen. — Niemand darf verkennen, daß es bei dem Ernste der Lage für den Vorstand ernsteste Pflicht ist, alle opferfähigen Kreise in dem Opferbunde zu vereinigen und sie zur ersprießlichen Betätigung des Opfersinns anzuhalten. — Der Vorstand kann deshalb auch nicht davon absehen, gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, die die Erreichung dieses Zieles sichern.

Die Geschäftsstelle zur Annahme von Spenden befindet sich jetzt für die Gemeinde Halver im Amtshaus Zimmer 6, für die Gemeinde Schalksmühle in der Wohnung des Herrn Postmeisters Rosenau daselbst.

Die Spenden bitten wir bis spätestens zum 15. März abzuliefern.

Halver, den 20. Februar 1919.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Um dem Unfug des sogenannten „Flämmens" zu begegnen, wird für jeden Fall, in dem das verbotswidrige Anzünden von dürrem Gras, Strauchwerk, Laub usw. so zur Anzeige gebracht wird, daß der Täter rechtskräftig bestraft werden kann,

eine Belohnung von 20 Mk.

zugeführt.

Die Belohnung erhält derjenige, der die Straftat zu erst polizeilich anzeigt.

Halver, den 10. März 1919.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Es ist seit Eintritt der trockenen Witterung wiederholt die Unsitte des sogenannten Flämmens bemerkbar gewesen.

Die Unsitte hat nicht selten Waldbrände verursacht. Sie zu bekämpfen ist daher ernste Pflicht nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die mit ihren Interessen gefährdete Bürgerschaft.

Ich fordere deshalb die Bürgerschaft auf, an ihrem Teile bei der Bekämpfung jener Unsitte mitzuwirken. Die Sicherheitsbeamten sind angewiesen, unachtsichtlich vorzugehen und jede Uebertretung zur Anzeige zu bringen.

Besonders wird darauf hingewiesen, daß die Eltern für die Handlungen ihrer Kinder verantwortlich sind und deshalb gut tun, die Kinder zu belehren und zu ermahnen.

Halver, den 16. März 1919.

Der Amtmann.

Amts-Waldungen.

Der Aufenthalt in den Amtswaldungen außerhalb der öffentlichen Wege wird unbefugten erneut untersagt. Nach den Bestimmungen der Regierungs-Polizei-Verordnung vom 20. April 1882 ist das Rauchen im Bereiche der Waldungen verboten.

Die Sicherheitsbeamten sind angewiesen, Uebertretungen zur Anzeige zu bringen.

Halver, den 11. März 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver.

Ware Nr. 9 des Lebensmittel-Ausweises.

Abgabe für den Zeitraum vom 16. März bis 31. März 1919 auf

gelbe Warenkarte Nr. 44 je 350 Gramm
grüne „ „ 36 „ 350 „

in den Lebensmittelgeschäften des Amtsbezirks.

Halver, den 11. März 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver. Milchvieh-Stallkontrolle.

Zur Durchführung der Milchvieh-Stallkontrolle wird eine Probemelkerin gesucht.

Bewerbungen werden unter Angabe der Entschädigungsansprüche bis 20. März ds. Js. im Amtshause, Zimmer 12 entgegengenommen.

Halver, den 11. März 1919.

Der Amtmann.

Amt Halver.

Verteilung der Jagdpachtgelder.

Der Verteilungsplan über die Einnahmen aus der Nutzung der Jagd in dem Gemeinschaftlichen Jagdbezirk der Gemeinden Halver und Schalksmühle für die Zeit vom 1. April 1918 bis 31. März 1919 liegt vom 17. März ds. Js. ab zwei Wochen zur Einsicht der Jagdgenossen im Amtshause Zimmer 3 öffentlich aus.

Gegen den Verteilungsplan ist binnen zwei Wochen nach Beendung der Auslegung Einspruch bei dem unterzeichneten Jagdvorsteher zulässig.

Halver, den 1. März 1919.

Der Jagdvorsteher: Hedfeld.

Milchversandscheine

empfiehlt die

Geschäftsstelle dieser Zeitung

Landwirtschaftlicher Verein e. V.

Hauptversammlung

am Sonnabend, den 15 März 1919, nachm. 5 Uhr im Vereinslokal „Gasthaus zur Post" in Halver.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Allseitiges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.

Halver, den 5. März 1919.

Der Vorstand.

Konsumverein für Halver und Umgegend

e. G. m. b. H.

Laut einer Verfügung des Reichsernährungsamts sind die Behörden angewiesen, den Konsumvereinen die Zuteilung der behördlich rationierten Waren so zu bemessen, daß die Mitglieder der Vereine in der Lage sind, die ihnen zustehenden Warenmengen aus dem Laden des Konsumvereins zu entnehmen und zwar ständig an einer Stelle, damit wird auch für die Mitglieder das hin und her Laufen beseitigt. Zu diesem Zwecke bedürfen wir einer Erklärung der Mitglieder. Diese Erklärungen liegen in den Verkaufsstellen im Vordruck aus, so daß es nur der Unterschrift des Mitgliedes bedarf. Soweit dieses noch nicht bereits geschehen ist, bitten wir dieses bis zum 15 d. M. nachzuholen. Wir können unsern Mitgliedern nur empfehlen, sich nicht von anderer Seite überreden zu lassen. Die Genossenschaft bietet ihnen jedenfalls die beste Gewähr für eine möglichst sichere und prompte Belieferung. Es versäume also keiner seine Unterschrift sofort zu geben.

Der Vorstand.

Grundstück von etwa 2 Hektar

für die Anlage einer größeren Fabrik zu kaufen gesucht. Lage in der Nähe eines Güterbahnhofes bevorzugt. Erforderlich: Reichliche Wassermenge und Möglichkeit, Abwässer leicht abzuführen, gute Arbeitsverhältnisse.

Angebote unter O. 501 an die Geschst. des „Allgem. Anz." Halver erbeten.

Weinkellereien

Voss & Hesse

Hagen i. W.

Uerzig a. Mosel. Gelsenkirchen. Bernkastel-Cues a. Mosel.

Eigene Kellereien. — Eigene Weinberge. — Flaschenkeller für ½ Million Flaschen. — Kellerfläche 3000 Quadratmeter.

Erstklassige preiswerte

Mosel-, Saar- und Rheingauer Weine

von den kleinsten Tisch-Weinen bis zu den edelsten Hochgewächsen

— Man verlange Preisliste. —

Spezialität:

Rheingauer Weine, Schloss u. Original-Abfüllungen herrschaftlicher Güter. Trierer und Bernkasteler Auktions- und selbstgekelterte Moselweine.

Amtssparkasse Halver i. W.

Giro-Konto: Reichsbank Lüdenscheid.

Bank-Konto: Landesbank der Provinz Westfalen in Münster

Postscheck-Konto: Cöln Nr. 3835.

Fernsprecher Nr. 1.

Zinsfuß für Einlagen im Spar- und im Scheckverkehr **4 vom Hundert** bei tageweiser Verzinsung.

Annahme von Einlagen im Kassenraum (Amtshaus Zimmer 5), bei den Annahmestellen oder im Wege der Ueberweisung durch Giro-, Bank- oder Postscheck-Konto. Annahme von Zinsscheinen von Reichs- und Staatsanleihen 10 Tage vor Fälligkeit.

Depositen- und Kontokorrent, Giro- und Scheckverkehr.

Hinterlegungsstelle für Wertpapiere, Vermietung von Schrankfächern, Verwahrung von Sparbüchern.

Amt Lüdenscheid. Lebensmittelverkauf.

Stampfzucker für die Zeit vom 15.—31. März ds. Js. Warenkarte grüne Nr. 48, rote Nr. 47, gelbe Nr. 22, Kopfmenge je 350 Gr. Verkaufspreis, pro Kopfmenge 0,37 Mk. Verkaufszeit bis 22. 3. 19.

Lüdenscheid, den 13. März 1919.

Das Lebensmittelamt.

Evangel. Gemeinde Halver.

Sonntag, den 16. März.

Vorm. 10½ Uhr: Predigt Herr Pastor Dresbach.
Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 2 Uhr: Prüfung der Konfirmandinnen.
Mittwoch abend 8½ Uhr: Kirchlicher Posaunenchor.
Freitagabend 6 Uhr: Passions-Gottesdienst.

Evangel. Vereinshaus Halver

Sonntag, 16. März 1919.

Nachm. 1½ Uhr: Sonntagsschule.
Nachm. 4 Uhr: Bibelstunde.
Nachm. 5½ Uhr: Jungfrauen-Verein, Bibelbesprechung.
Abends 8 Uhr: Familienfeier mit Kaffee zur Begrüßung der heimgekehrten Krieger, wozu herzlich eingeladen wird.
Samstag abend 8¾ Uhr: Allianz-Gebetstunde.

Wir bitten die Angehörigen der bei Beginn des Krieges zusammengetretenen

Bürgerwehr

die damals empfangene Ausrüstungsstücken an den Zeugwart August Schulz zurückgeben zu wollen.

Freiw. Feuerwehr Schalksmühle.

Suche für sofort oder 1. April für kleinen Haushalt ein sauberes,

zuverl. Mädchen,

die in allen häuslichen Arbeiten erfahren ist, auch etwas Gartenarbeit versteht.

Guter Lohn und gute Behandlung zugesichert.

Frau Fritz Schröder,
Lösenbach.

Besseres Mädchen sucht zum **1. Juni** oder **15. Juni**

Stellung

auf dem Lande. In letzter Stellung 6 Jahre tätig.

Näheres zu erfragen in der Geschäftsst. des „Allg. Anz." Halver.

Kaufe Schlacht-Pferde.



zu den höchsten Preisen. Notschlachtungen komme sofort.

Karl Keßler,

Inhaber: **Adolf Kohen,** Pferdemetzger

Lüdenscheid, Telefon 416.

Ein neuer

Fabrikofen

10 Tonnen Braunkohlen ab Werk preiswert zu verkaufen.

Degenhardt & Hedfeld

Halver.

Glückwunschkarten und Bilder

zur Konfirmation

zu haben bei

Fritz Herm. Bohmer,

Schalksmühle.



Kühe u. Rinder

werden gegen Weidelohn noch angenommen von

Geschw. Giersieper,

Giersiepen, Post Halver.

Fettdichtes

Butterbrotpapier

empfiehlt

Fritz Herm. Bohmer,

Schalksmühle.